

„Londoner Banker sind hohe Preise gewohnt“

Zuzug treibt Frankfurter Immobilienwerte weiter an

Börsen-Zeitung, 7.2.2018
Bloomberg Frankfurt – Der erwartete Ansturm von bis 10000 Brexit-Bankern könnte die ohnehin angespannte Lage auf dem Frankfurter Markt für Eigentumswohnungen weiter verschärfen. Immobilien sind im Vergleich zu London oft günstiger und damit für viele aus der Finanzbranche erschwinglicher.

Zweistelliges Plus

Die Angebotskaufpreise für Eigentumswohnungen hatten sich bereits im zweiten Halbjahr 2017 um 10,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht, zeigt eine Erhebung des Immobiliendienstleisters Jones Lang LaSalle Inc. Im Vergleich zu 2004 liegt das Plus sogar bei 99%. „Jeder zusätzliche Zuzug, und selbst wenn es nur einige tausend Mitarbeiter der Banken sind, wird die Kaufpreise in Frankfurt weiter antreiben“, sagt Julius Stinauer, Associate Director Valuation & Transaction Advisory bei JLL. „Londoner Banker sind hohe Preise gewohnt. Frankfurt ist im Vergleich preiswert und Wohnungsangebote sind knapp. Daher könnte der Brexit zu einer Verlängerung der Aufschwungphase und zu einer Verstärkung des Preisanstiegs führen.“

Angebote ab 4830 Euro

Ähnlich äußert sich auch David Schmitt, geschäftsführender Gesellschafter des Maklers Engel & Völkers in Frankfurt. „Wir beobachten ein gestiegenes Interesse aus London“, erklärt er. „Traditionsgemäß ist die Mehrheit der Käufer in Frankfurt in der Finanzbranche tätig, da viele internationale Banken, Versicherungen und deren Dienstleister ihren Sitz hier haben.“

Laut JLL lag der durchschnittliche Angebotskaufpreis für Eigentumswohnungen in Frankfurt im zweiten Halbjahr 2017 bei 4830 Euro je Quadratmeter. Im Premium-Segment ermittelten die Kollegen von Engel & Völkers für das Gesamtjahr 2017 einen durchschnittlichen Einstiegspreis von 7500 Euro pro Quadratmeter.

12 000 Euro in London

Der Immobilien-Dienstleister Colliers International Group wiederum nennt für eine Wohnung mit zwei

Schlafzimmern in der City of London für 2017 einen Durchschnittsverkaufspreis von umgerechnet rund 11952 Euro je Quadratmeter.

Anders als in Frankfurt sind die Preise hier gesunken, und zwar um 2,6% gegenüber 2016. Auch wenn die Daten aus den beiden Städten nicht direkt miteinander vergleichbar sind, so vermitteln sie doch einen Gesamteindruck von der Lage am Markt.

Millionärsvillen

Die teuerste Wohnimmobilie, die Engel & Völkers 2017 in Frankfurt verkaufte, war eine Villa im Diplomatenviertel für 6,2 Mill. Euro. Dahinter folgten ein Haus im Holzhausenviertel für 5,5 Mill. Euro, zwei Villen in Sachsenhausen für 4,1 Mill. Euro und 4 Mill. Euro sowie ein Neubaupenthouse im Holzhausenviertel für rund 3,7 Mill. Euro.

JLL führt die zuletzt stark gestiegenen Preise in Frankfurt, auch wenn sie immer noch unter denen von London liegen, auf ein zu geringes Neubauangebot und eine hohe Nachfrage infolge des Bevölkerungswachstums zurück. So seien 2016 in Frankfurt insgesamt 3670 Wohnungen neu gebaut worden, während JLL den Bedarf auf 10000 Wohnungen pro Jahr schätze. „Eine ausreichende Bautätigkeit ist nicht möglich, da Bauland in Frankfurt knapp und teuer ist“, sagt Stinauer. Bei der Anzahl der Einwohner habe es zwischen 2011 und 2016 einen Anstieg von 9,4% gegeben, während der Wohnungsbestand nur um 3,9% zugenommen habe.

International günstig

Frankfurt Main Finance – eine Initiative, die sich für den Standort Frankfurt einsetzt – erwartet durch den Brexit unter bestimmten Voraussetzungen die Verlagerung von potenziell rund 10000 Arbeitsplätzen von London nach Frankfurt. Viele Banken hatten angekündigt, Geschäftsaktivitäten verlagern zu wollen, darunter auch die Deutsche Bank.

Hubertus Väh, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance, sagt: „Der Markt für Eigentumswohnungen in Frankfurt wird auf absehbare Zeit im internationalen Vergleich günstig bleiben. Aus rein deutscher Sicht gilt er als hochpreisig.“

Brexit lässt Arbeitsmarkt vibrieren

Frankfurt wird „neue Verknappung“ des Personals in Risikomanagement und Compliance prophezeit

In Frankfurts Bankentürmen geht die Angst vor einem Personalengpass in den so wichtigen Bereichen des Risikomanagements, der Compliance sowie der IT-Infrastruktur um. Denn infolge des Brexit wird der Bedarf an entsprechenden Spezialisten am Finanzplatz deutlich anziehen, wie erwartet wird. Der Verband der Auslandsbanken rechnet mit einer vierstelligen Zahl zu besetzender Stellen.

Von Bernd Neubacher, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 7.2.2018

Nachdem die britischen Wähler am 23. Juni vorvergangenen Jahres für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union gestimmt hatten, machte sich in Frankfurt jenseits der ob der politischen Großwetterlage vergossenen Krokodilstränen Freude breit. Stand der Metropole am Main nicht eine ungeheure Aufwertung als Finanzplatz bevor? Und konnten sich die Banken an Deutschlands Finanzplatz Nummer 1 nicht glücklich schätzen, bereits dort eine Präsenz aufgebaut zu haben, wohin viele ausländische Spieler erst noch kommen würden?

Schattenseiten des Zuzugs

Gut anderthalb Jahre später lernen Frankfurts Banken verstärkt die Schattenseiten des Brexit kennen. Denn in den Türmen geht die Angst vor Engpässen am Arbeitsmarkt um. Dafür sorgt nicht zuletzt die Finanzaufsicht: Die Europäische Zentralbank sowie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben frühzeitig klargestellt, was sie von im Zuge des Brexit nach Deutschland strebenden Instituten vor allem erwarten: die Ansiedlung ausreichender Risikomanagementaktivitäten und der zugehörigen Infrastruktur. Mit einem Briefkasten und der Entsendung einer Vertriebsmannschaft werde es nicht getan sein, stellte die BaFin schon Anfang vergangenen Jahres nach einem Workshop mit Repräsentanten von Auslandsbanken klar.

Was Wunder, dass die Nachfrage nach Risikomanagern, IT-Fachleuten und Compliance-Experten in Frankfurt also anziehen dürfte. Auch Mitarbeiter für die Bereiche Interne Revision, Back und Middle Office sowie Recht und Steuern sollten vermehrt gefragt sein, wie prognosti-

ziert wird. „Da wird der Wettbewerb sicher steigen“, sagt Oliver Wagner, Geschäftsführer des Verbands der Auslandsbanken, der Börsen-Zeitung. Er geht davon aus, dass in den entsprechenden Abteilungen eine vierstelligen Zahl von Positionen zu besetzen sein wird. Seiner Rechnung zufolge sollen im Zuge des Brexit 15 bis 20 Banken mit jeweils rund 150 bis 200 Mitarbeitern an den Main kommen. Der Großteil der dortigen Stellen dürfte demnach auf Bereiche wie Risikomanagement, IT, IT-Sicherheit sowie Compliance entfallen. Wagner: „Ich denke, dass wir einen großen Wettbewerb sehen werden.“

„Mehr umworben“

Ins selbe Horn stößt Markus Hamprecht, der bei Accenture das Financial-Services-Geschäft im deutschsprachigen Raum leitet: „Wir werden da eine neue Verknappung se-

die verstärkte Nachfrage auch deshalb zu einem Wechsel nutzen, weil die Stimmung im eigenen Hause „nicht so gut ist“, wird nicht zuletzt mit Blick auf die Deutsche Bank kolportiert. Deutschlands größtes Kreditinstitut wird dann freilich an Beschäftigte im Konzern heranreten können, deren Arbeitsplatz im Zuge der Zusammenführung der Deutschen Postbank mit dem eigenen Massengeschäft zur Disposition steht.

Eine Hürde im Wettrennen um die besten Leute sieht Accenture-Manager Hamprecht dabei in der Vergütung. Die zunehmende Konkurrenz bedeutet für ihn, „dass Banken hierzulande weiter in der Debatte darüber stehen werden, dass sie Mitarbeitern zu hohe Boni zahlen. Ausländische Institute kennen diese Debatte nicht.“ Zwar werden auch die an den Main strebenden Institute der Institutsvergütungsverordnung unterliegen. Im Gegensatz zu den alteinge-

stute bereits am Arbeitsmarkt aktiv geworden. „Aber da geht es wirklich um wenige Fälle und nicht um Hundertschaften“, erklärt er.

Zwei Argumente führt Biermann für seine Prognose an, dass der große Run aufs Personal und damit verbunden ein Wettlauf um die Vergütungen nicht stattfinden wird. So hätten die Banken ihre Rechts- und Compliance-Abteilungen bereits in den vergangenen Jahren erheblich aufgebaut und auch die Vergütung dort deutlich verbessert. Biermann: „Eine weitere Erhöhung der Gehälter wäre nicht gesund, und ich sehe ein solches Szenario auch nicht.“ Und zudem prognostiziert er: „Wir werden in drei bis fünf Jahren durch die Digitalisierung eher eine Entwicklung in die andere Richtung bekommen.“

Einmal hin und zurück

Es gibt noch andere Faktoren, welche den Effekt des Brexit auf den Arbeitsmarkt begrenzen sollten. So dürften gerade hochrangige Manager zumindest fürs Erste zwischen ihrem Wohnort London und ihrem Arbeitsplatz in Frankfurt pendeln. Auch wurde der Arbeitsplatz manchen deutschen Mitarbeiters in den vergangenen Jahren vom Main an die Themse verlegt. Wird eine Stelle nun zurückverlagert, heißt das nicht, dass eine Bank sie deshalb neu besetzen muss. „Selbst wenn es nur um 100 Experten gehen sollte, wird es schwer“, beurteilt Accenture-Manager Hamprecht die Chancen der in Frankfurt ansässigen Banken, ihren personellen Bedarf in diesen Feldern zu decken, gleichwohl skeptisch.

Planspiele im Bankenturm

In Frankfurts Bankentürmen haben daher entsprechende Planspiele Konjunktur. So rasierte das Vorstandsmitglied eines deutschen Instituts jüngst im kleinen Kreis über die Gefahr einer Gehälterspirale, welche alle Spieler im Markt belasten werde, und dachte laut über eine Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Frankfurt nach, um sich diesem Vergütungswettlauf zu entziehen.

Accenture-Manager Hamprecht meint dazu: „Diesen Ausweg sehe ich nicht, denn diese Leute sind sehr fungibel, und es ist fraglich, ob es deren Traum ist, etwa in der Provinz zu arbeiten, und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, wenn der Arbeitsmarkt in Frankfurt anzieht.“



„Ich denke, dass wir einen großen Wettbewerb sehen werden.“

Oliver Wagner

Instant Payments starten langsam

Börsen-Zeitung, 7.2.2018
dpa-afx Berlin – Bankkunden in Deutschland müssen auf die geplante Einführung von sekundenschnellen Geldüberweisungen noch eine Weile warten. Bei den Sparkassen soll die Echtzeitüberweisung in diesem Sommer flächendeckend angeboten werden.

Die meisten privaten Banken werden voraussichtlich erst im kommenden Jahr mitmachen. Das ergab eine Nachfrage beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie beim Bundesverband deutscher Banken (BdB).

Die neue Echtzeitüberweisung (Instant Payment) ist auch eine Antwort der Kreditwirtschaft auf Angebote von Online-Behaldiensten wie PayPal, die schon heute sekundenschnelle Überweisungen ermöglichen. Seit November gilt europaweit ein einheitlicher Rechtsrahmen. Der Überweisungsbetrag wird dem Konto des Empfängers innerhalb von zehn Sekunden gutgeschrieben. Damit das klappt, müssen die Kreditinstitute von Zahler und Empfänger dem System angehören. Bislang gibt es aber nur einige wenige Anbieter.

„Die Sparkassen werden geschlossen ab Mitte 2018 teilnehmen“, sagte DSGV-Sprecher Alexander von Schmettow in Berlin. Damit würden dann 50 Millionen Girokonten auf einmal dem System angeschlossen. Technisch sei „alles im grünen Bereich“.

Beim Bankenverband hieß es dagegen, als Voraussetzung fehle noch ein einheitliches Abwicklungssystem des Eurosystems, genannt TIPS. Das werde im November dieses Jahres zur Verfügung stehen. „Die privaten Banken arbeiten daran, dass möglichst im Laufe des nächsten Jahres alle Kunden das Verfahren nutzen können“, teilte der Verband mit.

Finanzaufsicht warnt vor Brexit-Chaos

Chef der britischen Behörde FCA fordert Einigung bis Ende März

Börsen-Zeitung, 7.2.2018
hip London – Der Chef der britischen Finanzaufsicht FCA, Andrew Bailey, hat Brüssel und London aufgefordert, bis Ende März zu einer klar definierten Einigung zur Gestaltung des Übergangszeitraums nach dem britischen EU-Austritt zu kommen. Sonst könnte eine Vielzahl von Verträgen ungültig werden, warnte der CEO der Financial Conduct Authority. Betroffen seien Derivate mit einem Nennwert von bis zu 26 Bill. Pfund sowie die Versicherungspolice von mindestens 30 Millionen Versicherungsnehmern in der EU und sechs Millionen in Großbritannien. Er begrüße, dass sich die britische Regierung und die EU im Dezember dar-

auf geeinigt haben, dass es einen Übergangszeitraum geben soll. Er begrüße auch, dass man in Westminster die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen will, dass vertraglichen Verpflichtungen auch künftig nachgekommen werden kann. Eine koordinierte Herangehensweise beider Seiten sei jedoch vorzuziehen. Bailey forderte ein Memorandum of Understanding der Regulierer beider Seiten, um mehr Transparenz in praktischen Fragen zu schaffen und einen „stabilen und ordentlichen Übergang“ zu gewährleisten. „Wir stehen mit hochgekrempten Ärmeln bereit“, sagte er auf einem Dinner unter dem Motto „Future of the City“ in der britischen Metropole.

Bailey erinnerte zudem daran, dass die Europäische Kommission ein Kapitel über Finanzdienstleistungen für das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP entworfen hatte. Es könne ein guter Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich sein. Und dabei bekomme er zu hören, dass es kein Freihandelsabkommen gebe, das für Finanzdienstleistungen gelte. Es sei möglich und würde nicht einmal einen Verlust der regulatorischen Autonomie bedeuten. Die Finanzlobby The City UK stelle sich hinter Bailey. Die gegenseitige Anerkennung der Regulierung als gleichwertig könne dafür sorgen, dass die Märkte offen bleiben.

US-Aufsicht erhöht Druck auf Bitcoin

SEC und CFTC wollen bessere Handhabe – Kryptowährungen rutschen weiter ab

Börsen-Zeitung, 7.2.2018
sp New York – Die Leiter der US-Finanzmarktaufsichtsbehörden Securities Exchange Commission (SEC) und Commodity Futures Trading Commission (CFTC) haben in Anhörungen vor dem US-Kongress am Dienstag Lücken hinsichtlich der Befugnisse ihrer Behörden für die Aufsicht über Kryptowährungen wie Bitcoin ausgemacht und damit die Tür für den Gesetzgeber aufgestoßen.

Die Abgeordneten müssten womöglich neue Gesetze verabschieden, um der Finanzmarktaufsicht Handhabe über den Spotmarkt für Bitcoin und die Online-Plattformen zu geben, auf denen die Digitalwährungen gehandelt werden, sagten

SEC-Chef Jay Clayton und der Chairman der CFTC, Christopher Giancarlo, während Bitcoin und andere Kryptowährungen ihren Kursrutsch der vergangenen Tage fortsetzten. Der Wert der wichtigsten Digitalwährung schnurrte am Dienstag zeitweise um weitere 17% zusammen und rutschte knapp unter 6000 Dollar auf das niedrigste Niveau seit Oktober, nachdem Bitcoin vor wenigen Wochen noch oberhalb des Dreifachen davon gehandelt wurde.

Alternative Digitalmünzen wie Ripple, Ether und Litecoin gaben am Dienstag ebenfalls fast ein Fünftel ihres Wertes ab. Die Marktkapitalisierung von Kryptowährungen ist seit Anfang Januar auch wegen der

wachsenden Sorgen über entschiedene Schritte von Regulierungsbehörden wie der SEC oder CFTC um insgesamt mehr als 500 Mrd. Dollar geschrumpft. Erst Mitte Dezember hatte der Start von Terminkontrakten auf Bitcoin von den großen US-Börsenbetreibern CME und CBOE umgekehrt für Euphorie unter Krypto-Investoren gesorgt, da mit dem Start in den Handel von Futures auf die Digitalwährung ein wichtiger Schritt in Richtung Mainstream-Investoren gelungen schien. Vor wenigen Tagen hat selbst die US-Investmentbank Goldman Sachs eingeräumt, dass sie von dem eiligen Start des Handels mit Bitcoin-Futures überhumpelt wurde.

UNSERE INITIATIVE. UNSER ENGAGEMENT.



Ab 15. Februar 2018 im Buchhandel!

national-bank.de

NATIONAL-BANK

Mehr. Wert. Erfahren.